

schen sieben, acht Monate lang in einem Asylverfahren zu belassen.

Zum anderen wird das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge personell verstärkt. Wir gehen von noch einmal 350 zusätzlichen Stellen aus, um genau den Missstand, der auch hier in der Plenardebatte beschrieben wurde, zu beseitigen, nämlich: In unseren Landeseinrichtungen müssen viele darauf warten, eine Registrierung durch das BAMF zu erhalten, damit das Asylverfahren überhaupt erst eingeleitet werden kann.

Beide Maßnahmen, die wir auf der Sonder-IMK besprochen haben, sind wichtige erste Schritte, aber es müssen weitere folgen. Zusätzlich brauchen sowohl die Länder – damit meine ich nicht nur Nordrhein-Westfalen – als auch die Kommunen bei der Unterbringung und der Versorgung der Flüchtlinge finanzielle Unterstützung. Es reicht nicht aus, dass nur wir die Kommunen unterstützen. Auch der Bund muss bis an seine Schmerzgrenze gehen, um Länder und Kommunen finanziell zu unterstützen.

Auf Bundesebene setzen wir uns für die vollständige Integration der Asylbewerber in die sozialen Sicherungssysteme ein, das heißt SGB II und SGB XII. – Herr Laschet, bei dieser Diskussion setze ich auf eine fraktionsübergreifende Unterstützung im Bundesrat; denn das würde unsere Kommunen finanziell erheblich entlasten.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Abschließend meine ich zu erkennen, dass über alle Fraktionen hinweg unser gemeinsames Ziel ist, eine humanitäre und menschwürdige Betreuung und Versorgung der Flüchtlinge zu gewährleisten, dass wir alle hier in Nordrhein-Westfalen dafür stehen und dass das ganze Land Nordrhein-Westfalen das auch umsetzen wird. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Minister, bleiben Sie bitte noch einen Moment hier. Es liegt eine Kurzintervention des Abgeordneten Dr. Stamp vor.

Dr. Joachim Stamp (FDP): Herr Präsident! Herr Minister, Sie haben mich persönlich angesprochen.

Deswegen möchte ich das gegenüber dem Haus in aller Deutlichkeit klarstellen: Erstens habe ich nicht, wie von Ihnen behauptet, diese Einrichtung in Bonn bereits besucht.

Zweitens haben Sie ausgeführt, es sei eine unbegehbare Baustelle und das sei auch meinem Büro mitgeteilt worden.

Ich kann Ihnen dazu nur sagen, dass nach Planung der Bezirksregierung diese unbegehbare Baustelle am vergangenen Wochenende von Flüchtlingen bezogen werden sollte und das Ganze nur auf Inter-

vention des Deutschen Roten Kreuzes verschoben worden ist. Denn es gibt dort Löcher im Boden, die insbesondere für Kinder gefährlich sind, weil die Gefahr besteht, ein Stockwerk herunterzufallen.

Wie kann das sein? – Sie sagen, für mich sei das dort unbegebar, für die Flüchtlinge solle es umgekehrt beziehbar sein. Sie kennen die Einrichtungen immer nur aus den Zuflüsterungen Ihres Hauses. Ich möchte Ihnen empfehlen, sich von den Einrichtungen in dieser Situation selbst ein Bild zu machen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank. – Herr Minister Jäger.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Herr Dr. Stamp, das, was Sie gerade schildern, beweist ja umso mehr, dass erhebliche Umbauten in dieser Einrichtung erforderlich sind. Es ist überhaupt keine Absicht der Landesregierung – in dem Falle der zuständigen Bezirksregierung Köln –, Sie diese Einrichtung nicht besichtigen zu lassen. Im Gegenteil, Herr Steitz hat in Ihrem Büro die Mitteilung hinterlassen – so ist es mir mitgeteilt worden –, dass Sie, sobald diese Baustelle begehbar ist, selbstverständlich in diese Einrichtung eingeladen werden.

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: Und die Flüchtlinge sollten da schon hinein?)

– Nein, Herr Dr. Stamp. Die Flüchtlinge sind deshalb noch nicht dort eingezogen, weil es dort in der Tat erhebliche bauliche Mängel gibt, die erst zu beseitigen sind. Deshalb ist es heute eine Baustelle. Und sobald die Arbeiten abgeschlossen sind, Herr Dr. Stamp, werden Sie sich von den Fortschritten in dieser Einrichtung selbst überzeugen können.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister. – Für die CDU-Fraktion spricht der Herr Kollege Kamieth.

Jens Kamieth (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind uns alle darüber einig, dass die Aufnahme von Flüchtlingen, von Menschen, die politisch verfolgt sind, unsere oberste Pflicht ist.

Kollege Körfges hat es sehr richtig gesagt, er hat die Gemeinsamkeiten betont. Frau Düker, wenn Sie ausführen, wir hätten den Weg verlassen, Sie könnten uns nicht mehr sehen, ist für mich die einzige Erklärung dafür, dass Sie auf dem Weg dahin so weit zurückgefallen sind.

(Beifall von der CDU)

Wir sind seit Wochen unterwegs. Die Vorfälle in Burbach sind über fünf Wochen her, heute debattie-

ren wir darüber hier im Landtag. Das kann ich nicht ganz nachvollziehen.

Wir haben das, was diese Menschen brauchen: Wir haben ein Dach über dem Kopf, wir haben Verpflegung.

Diese Menschen brauchen Ruhe, wenn sie nach einer langen Flucht, wenn sie nach Vertreibung hier bei uns ankommen. Und diese Ruhe müssen wir ihnen geben. Wir müssen ihnen eine angemessene Unterkunft bieten, eine gute Verpflegung. Das hat bisher nicht funktioniert.

Herr Minister Jäger, ich möchte Ihnen den Rat geben, die Menschen in den Mittelpunkt Ihres Handelns zu stellen. Ich meine damit tatsächlich, Sie sollen andere Menschen in den Mittelpunkt rücken und nicht sich selbst, wie Sie das in vielen Tagesordnungspunkten auch heute Morgen gemacht haben.

(Beifall von der CDU)

Versetzen Sie sich doch einmal in die Lage eines jungen Familienvaters, der nach Flucht und Vertreibung aus Kriegszuständen dankbar ist, hier sein zu dürfen, der froh ist, seine Familie in Sicherheit zu wissen, der fürsorgend auch hier seine Vaterrolle – oder, als Pendant, in die Lage einer Mutter, die ihre Mutterrolle – übernehmen will. Sie wollen wissen, wie es weitergeht.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, würden Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Beer zulassen?

Jens Kamieth (CDU): So früh? – Gerne.

Sigrid Beer (GRÜNE): Danke schön, Herr Kollege Kamieth. – Ich finde es richtig, dass Sie das Thema sehr empathisch angehen und von Fürsorge sprechen, die wir gemeinsam wahrnehmen sollen. Der Flüchtlingsgipfel hat gemeinsam mit der CDU stattgefunden, und es bestand Einvernehmen mit den Maßnahmen, die wir heute diskutieren.

Sie haben eben darauf hingewiesen, die Menschen sollen im Mittelpunkt stehen. Meine Frage ist: Warum haben wir heute hier zwei Anträge und können nicht gemeinsam beraten?

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

– Herr Laschet, ich möchte gerne meine Frage zu Ende führen. Kollege Laschet, wenn es uns wirklich um die Menschen ginge, dann hätte doch die CDU den Hörer in die Hand nehmen können und sagen: Lasst und gemeinsam einen Antrag beraten. Wir hätten gerne ...

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Herr Kollege Laschet, Nebenbemerkungen ...

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

– Ich komme nicht zum Ende.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Sprechen Sie einfach weiter, Frau Kollegin.

(Jens Kamieth [CDU]: Fühlen Sie sich eingeladen!)

Sigrid Beer (GRÜNE): Das ist sehr nett. Das ist auch dem Thema angemessen. Wir gehen auch noch gemeinsam in Haushaltsberatungen. Da wird es dann noch unterfüttert.

Es geht heute hier um ein gemeinsames Signal. Warum haben Sie, wenn es dafür noch Zeit gebraucht hätte, nicht den Telefonhörer in die Hand genommen, damit das, was Sie hier an gemeinsamer Empathie vortragen, auch Wirklichkeit bei der Debatte im Plenum wird?

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Danke schön. – Herr Kollege Kamieth.

Jens Kamieth (CDU): Liebe Frau Beer, wir haben doch eben schon gehört, wie das tatsächlich aussieht, was Sie hier an Gemeinsamkeit für sich beanspruchen. Sonntagmittag, wenn ich es richtig mitbekommen habe, kommt eine E-Mail mit dem Inhalt: Das und das ist unser Antrag. – Und wir sollen bis zum nächsten Tag zustimmen.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Einfach anrufen!)

Das ist nicht die Art von Politik, die hier vereinbart ist. Und auf das Niveau wollen wir uns nicht herablassen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich komme zurück zu dem Familienvater, den ich in Burbach selbst gesehen habe, der natürlich Verantwortung für seine Kinder, für seine Frau hat und deren Fragen gerne beantworten möchte. Wie geht es weiter? Warum sind wir hier? Wie lange? Kann ich die Sprache irgendwann sprechen? Wie werde ich versorgt? – Bisher ist es immer noch so, Herr Minister Jäger, dass die Kommunikation, die Meldewege verbessert werden müssen.

Gestern Abend hat in Burbach der Gemeinderat eine Resolution verabschiedet, die insbesondere diesen Punkt brandmarkt. Es findet keine ausreichende Kommunikation statt. Die Kommunalvertreter, die Verwaltung vor Ort wissen nicht, was los ist. Hinter dem Rücken der Gemeinde Burbach wird im Moment darüber verhandelt, welchen Charakter, welchen Status diese Einrichtung in der Zukunft haben wird. Es tut sich nichts.

Ich kann Ihnen sagen – vielleicht wissen Sie es noch gar nicht –, dass nächste Woche Freitag ein Gespräch mit den Kommunen stattfinden soll. Es ist das erste Gespräch, das mit den betroffenen Kommunen aus dem ländlichen Raum hierüber im Detail geführt wird. Das ist viel zu spät. Sie müssen handeln, damit vor Ort die Informationen ankommen, damit auch der Familienvater seiner Familie sagen kann, wie es weitergeht.

(Beifall von der CDU)

Versetzen Sie sich in die Rolle der Kinder und Jugendlichen, die in eine völlig fremde Welt mit anderen Gebäuden, einem anderen optischen Eindruck, einer anderen Sprache kommen. Diese Kinder brauchen Spielräume. Sie brauchen Räume, in die sie sich zurückziehen können. Das alles gibt es nicht, weil die Einrichtungen hoffnungslos überbelegt sind.

Herr Minister, Sie werden die Begriffe kennen. Man sprach vorher von einer Regelbelegung. Es gab auch eine Maximalbelegung. Mittlerweile redet die Bezirksregierung Arnsberg nur noch von einer Regelmaximalbelegung. Durch eine neue Wortfindung wird offensichtlich versucht, einen Zustand zu kaschieren, den wir nicht länger hinnehmen dürfen.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, es gibt eine Zwischenfrage von Frau Kollegin Düker, die auf dem Platz von Herrn Priggen sitzt.

Jens Kamieth (CDU): Die Grünen mögen mich heute. – Bitte sehr.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Immer! Nicht nur heute, Herr Kamieth!)

Monika Düker (GRÜNE): Es ist das Bemühen, vielleicht doch noch eine Gemeinsamkeit herzustellen. Sie sprechen davon, wir sollten keine Resolution verabschieden, sondern handeln, und beklagen, man hätte das alles unter Zeitdruck machen müssen.

Stimmen Sie mir zu, dass der Hauptteil der beim Flüchtlingsgipfel vereinbarten Maßnahmen finanzielle Auswirkungen hat? Stimmen Sie mir zu, dass diese finanziellen Auswirkungen erstens im Flüchtlingsaufnahmegesetz verankert werden müssen, wofür wir eine gesetzliche Grundlage brauchen – Stichwort Härtefonds – und zweitens im Haushaltsverfahren Einfluss haben müssen? Deswegen gibt es diesen Zeitdruck. Das sind die Handlungen, die wir vornehmen wollen.

Ich frage Sie deswegen: Können Sie vor dem Hintergrund, dass wir es schnell umsetzen und in die Gesetzgebungsverfahren implementieren wollen, verstehen, dass wir diesen Zeitdruck hatten und Ihnen nicht drei Monate oder drei Wochen Zeit zum Diskutieren lassen wollten? – Im November müssen

wir im Innenausschuss die Beschlussempfehlung für das Flüchtlingsaufnahmegesetz herbeiführen. Deshalb ist dieser Zeitdruck da. Können Sie verstehen, dass es aus dieser Motivation heraus etwas eiliger war?

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Jens Kamieth (CDU): Ich habe drei Fragen gezählt.

(Zuruf von der FDP: Und eine Co-Rede!)

– Und eine Co-Rede gehört.

Frau Düker, ich würde Folgendes sagen: Natürlich muss das alles in ein Gesetzgebungsverfahren und zumindest in die Haushaltsgesetzgebung eingebunden werden. Aber davon sehe ich heute nichts. Wir sprechen heute über eine Resolution.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich möchte noch einen weiteren Punkt ansprechen, meine Damen und Herren.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter, es gibt eine weitere Zwischenfrage des Herrn Kollegen Dr. Optendrenk.

Jens Kamieth (CDU): Nein, jetzt ist es einmal gut. Danke schön. Das machen wir später einmal.

Herr Minister, denken Sie auch einmal an die heimische Bevölkerung. Wir haben immer wieder gehört, wie sehr die karitativen Verbände, wie sehr Privatleute dabei unterstützen, die Zustände in den Flüchtlingsheimen zu verbessern. Dann kommen diese Menschen in die Flüchtlingsheime, wollen Gestricktes abgeben, wollen Spielsachen abgeben und müssen sehen, dass insbesondere die kinderreichen Familien zum Teil wie Hühner eingepfercht leben müssen. Das ist keine menschenwürdige Unterbringung, wie wir sie immer proklamieren.

Entgegen dem, was der Regierungspräsident immer sagt, geht es nicht nur darum, den Menschen ein Dach über dem Kopf zu geben. Sie müssen menschenwürdig untergebracht werden. Ich bin da gerne bei Ludger Jutkeit, dem Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege. Da müssen Sie handeln, Herr Minister.

(Beifall von der CDU und den PIRATEN)

Ich halte es vor allen Dingen für dringend geboten, dass man bei den Flüchtlingen aus sicheren Herkunftsländern, die etwa ein Drittel der Flüchtlinge bei uns ausmachen, schnelle Regelungen findet. Aufgrund des lobens- und segensreichen Abstimmungsverhaltens von Herrn Kretschmann haben wir eine ordentliche Lösung gefunden.

Ich möchte zu einem letzten Punkt kommen, Herr Minister. Sorgen Sie für eine rechtsstaatliche Möglichkeit, diejenigen Asylbewerber, deren Antrag keinerlei Aussicht auf Erfolg hat, schnellstmöglich aus den Flüchtlingsheimen herauszunehmen, damit diejenigen, die berechtigt dort sind, ordentlich betreut und versorgt werden können. Sie brauchen einen guten Start in Deutschland. Was sie jetzt von uns bekommen werden, werden sie uns vielfach zurückzahlen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Kamieth. – Für die Landesregierung spricht Frau Ministerpräsidentin Kraft.

Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin: Vielen Dank, Herr Präsident. Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Debatte hat mich dazu gebracht, in diese Diskussion einzusteigen. Ich befürchte, wir landen gerade in parteipolitischen Klein-klein-Auseinandersetzungen, die wir eigentlich beim Flüchtlingsgipfel überwunden hatten.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir sollten zu einer anderen Situation zurückkehren.

Vielleicht hat es Irritationen über die – wie haben Sie es genannt? – Datumssetzung gegeben. Ich habe das zur Kenntnis genommen. Sie sagten, wir hätten Ihnen eine Frist gesetzt. Ich habe mir den Brief noch einmal zeigen lassen und möchte etwas zu den Abläufen sagen.

Sie sagen mit einer Berechtigung, die ich voll akzeptiere, es muss schnell etwas passieren. Wir haben uns beim Gipfel auf ein Maßnahmenpaket verständigt, welches wir der Presse gemeinsam vorgestellt haben. Dieses Maßnahmenpaket bedeutet: Wir müssen nicht nur auf dem Flüchtlingsgipfel diskutieren, sondern auch hier. Hier ins Parlament gehört es.

Also war klar, dass, nachdem wir am 20. zusammengesessen haben, für diese Sitzung ein gemeinsamer Antrag formuliert werden musste. Dazu haben die regierungstragenden Fraktionen einen Vorschlag erarbeitet und Ihnen am 24. Oktober zugesandt. Dies geschah nicht mit irgendwie unflätigen Worten, sondern – ich zitiere:

Wie am Rande der Gesprächsrunde in Essen am 20. Oktober erörtert, senden wir Ihnen anliegend den Entwurf eines fraktionsübergreifenden Antrags, mit dem alle im Landtag vertretenden Fraktionen ihre Unterstützung für ein breites Bündnis für Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen bekräftigen. Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie uns bis möglichst Sonntag, 26., mitteilen, ob Sie einem solchen Antrag beitreten können.

Sie hätten auch Veränderungen vorschlagen können. Das wäre nachvollziehbar. Ich glaube, es hat Offenheit geherrscht. Vielleicht war zu wenig Kommunikation – wo doch an vielen Stellen mehr Kommunikation angemahnt worden ist.

Wenn ich mir den Antrag anschau, den SPD und Bündnis 90/Die Grünen formuliert haben, ist es keine Herausstellung der besonderen Fähigkeiten der Ministerpräsidentin oder der Regierung, wie Sie es vorhin dargestellt haben.

Vielmehr wird sachlich festgestellt, wie die Situation ist, dass der Landtag die einzeln aufgeführten Maßnahmen des Flüchtlingsgipfels begrüßt und auch begrüßt, dass die Landesregierung in den laufenden Verhandlungen mit der Bundesregierung darauf drängt, die Länder durch finanzielle Mittel zur Aufnahme, Unterbringung und Versorgung zu entlasten.

Der Landtag fordert die Landesregierung in diesem Antrag auf, erstens das auf dem Flüchtlingsgipfel vereinbarte Maßnahmenpaket zügig umzusetzen, zweitens in regelmäßigen Abständen über den jeweiligen Umsetzungsstand zu berichten und drittens die Bundesregierung entsprechend aufzufordern, wie das aufgeführt ist.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Frau Ministerpräsidentin, würden Sie eine Zwischenfrage ...

Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin: Nein, ich würde das gerne ausführen. – Ich würde nur gerne wissen: Sind wir noch beieinander oder nicht? Wollen wir jetzt die dort gemeinsam verabredeten Maßnahmen gemeinsam vortragen oder nicht? Oder geht es hier um parteipolitischen Geländegewinn, wie das der Kollege vorhin formuliert hat?

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Zum zweiten Teil der Fragen, die ich heute hier gehört habe: Wie geht es jetzt mit der Umsetzung? Sie haben gesagt, Herr Stamp, das geht alles nicht schnell genug. Ich kann Ihnen sagen, das ist die To-Do-Liste. Wir haben als Landesregierung alle Maßnahmen zusammengefasst, mit Untermaßnahmen versehen. Wir haben eine sehr umfangreiche To-Do-Liste – mit Zeitplan. Vertrauen Sie mir bitte – ich habe mal Projektmanagement gemacht –, dass die Einhaltung dieser Maßnahmen auch überprüft wird.

Jetzt sage ich Ihnen, was seit dem 20. geschehen ist. 21 neue Stellen bei der Bezirksregierung werden durch Antrag der Regierungsfaktionen im Haushalt beraten. Da wäre es doch schön, wenn wir beieinanderblieben und wir vielleicht von Ihnen Unterstützung bekämen. Gleiches gilt für die Aufstockung Härtefallfonds, für die Aufstockung Impfhilfe, für die Erhöhung der Pauschalen um 40 Millionen, 3,5 Millionen zusätzlich für soziale Beratung. Wo soll das denn stattfinden, werter Herr Kamieth, wenn nicht in